

Preispapier:

Für den Monat November 600.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die einpöhlige Konjunkturzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 18. November 1922

Vorwärts-Verlag S.m.d.h., SW 68, Lindenstr. 3

Schwierigkeiten der Kabinettsbildung

Fortschritte der Arbeiterpartei.

Die Kandidatur Cunos zur Reichskanzlerschaft ist von der Inland- und Auslandspresse, von der Diplomatie, von der Börse, kurz überall so günstig aufgenommen worden, daß man geradezu überrascht sein muß.

Deutscher Konsumvereine für das Reichswirtschaftsministerium in Aussicht genommen habe. Es ist selbstverständlich, daß ein Kabinet Cuno-Stresemann nicht gleichzeitig ein Kabinet Cuno-Hilferding-Everling-Köster-Radbruch sein kann.

Das Ergebnis der englischen Wahlen hat zweifellos denjenigen Führern der Konservativen Partei recht gegeben, die mit Bonar Law, Younger und Salisbury aus der Parteikonferenz vom 19. Oktober für die Kündigung des Koalitionsverhältnisses mit der Liberalen Partei stimmten.

Hindernisse, die diesem Gelingen im Wege stehen, sind bei der Sozialdemokratie gewiß nicht zu suchen. Denn daß die Sozialdemokratie gegenüber Cuno denselben Standpunkt aufrechterhält, den sie Wirth gegenüber vertreten hat, daß sie an den bisherigen Ansprüchen festhält, ist nur selbstverständlich.

Der Reichskanzler Wirth hinterließ eine Erbschaft, die außenpolitisch ebenso wie wirtschaftspolitisch in ihren wichtigsten Teilen ohne weiteres übernommen werden kann und muß.

Um so bemerkenswerter und erfreulicher ist demnach die Tatsache, daß die Arbeiterpartei mehr als 140 Abgeordnetenstimmen erobert hat und damit nicht allein die zweitstärkste Unterhausfraktion, sondern die Oppositionspartei schlechthin geworden ist.

Die vorhandenen Schwierigkeiten sind anderswo zu suchen, vor allem darin, daß ein Teil der bürgerlichen Politiker an Projekten festhält, deren gegenwärtige Unausführbarkeit eben erst durch den Sturz des Kabinetts Wirth praktisch bewiesen worden ist.

Das Stinnes-Blatt, die Deutsche Wg. Ztg., richtet seinen besonderen Zorn gegen den bisherigen Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und seinen Staatssekretär Hirsch, deren Verschwinden im Auftrage von Stinnes kategorisch gefordert wird.

Die englische bürgerliche Presse hat diese Bedeutung der Erfolge der Arbeiterpartei auch sofort vollständig erfasst und besonders den konservativen Organen ist es anzumerken, daß der Sieg Bonar Laws ihnen keine rechte Freude macht.

Es gibt nun zwei Methoden, eine Kabinettsbildung zum Scheitern zu bringen, die direkte Ablehnung und die Belastung mit unausführbaren Bedingungen. Es besteht die Gefahr, daß die zweite Methode gegenüber Cuno reichlich zur Anwendung gebracht werden könnte.

Sehnsüchtig als ein Kuriosum sei die Bemerkung des Lokal-Anzeiger registriert, daß für die Deutschnationalen die wichtigste Frage jene sei, ob Cuno sich die Tüze seines Vorgängers „Der Feind steht rechts!“ zu eigen mache.

Die Arbeiterpartei hat diese Bedeutung der Erfolge der Arbeiterpartei auch sofort vollständig erfasst und besonders den konservativen Organen ist es anzumerken, daß der Sieg Bonar Laws ihnen keine rechte Freude macht.

Jedenfalls hat die Sozialdemokratie Verständnis dafür gezeigt, daß Deutschland heute innere Wirren, die aus einer rasilosen Krise entspringen, nicht verträgt. Ist dieses Verständnis bei den anderen Parteien auch vorhanden, dann wird es über das Kabinet Cuno zu einer Verständigung kommen.

Paris, 17. November. (W.B.) In der französischen Kammer führte Poincaré aus: Im Juli habe Deutschland ein Moratorium für seine Zahlung vom 15. August ab beantragt.

Vom Standpunkt des europäischen Proletariats, nicht zuletzt der deutschen Arbeiterklasse, die unter dem unerträglichen Druck des Verfallers Diktats stöhnt, schiene es freilich viel vorteilhafter, wenn diejenige englische Partei, die am eifrigsten dieses Diktat bekämpft und dessen Revision fordert, sofort das Heft in die Hand bekäme.

Der Reichskanzlerkandidat Cuno ist gestern abend nach Berlin zurückgekehrt und hat die weiteren Besprechungen wegen der Neubildung des Kabinetts wieder aufgenommen.

Zahlungsfähigkeit Deutschlands augenblicklich verringert, aber er glaube, daß diese Lage auf deutsche Ränder zurückzuführen sei und leicht verbessert werden könne.

Indessen sollte die harte Schule des Krieges und der Nachkriegszeit die Arbeitermassen selbst radikalisieren und die Politisierung der proletarischen Wählerschaft

Das gleiche Blatt will wissen, daß Cuno an Stelle des Obmannen Robert Schmidt entweder einen völksparteilichen Politiker oder den Sozialdemokraten Everling aus Hamburg, den früheren Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft Produktion und letzten Geschäftsführer der Einkaufsgesellschaft

haben. Den scheinbaren Ruin des deutschen Staates müsse man die Handelslose Proterität der deutschen Großindustrie gegenüberstellen, die ungeheuren Käufe in den Vereinigten Staaten und das Fehlen jeder Arbeitssicherheit auf deutschem Gebiete.

Poincaré gegen Deutschland.

Allerhand Gerüchte.



im Sinne des Sozialismus, des Internationalismus und des Pazifismus machte von Tag zu Tag weitere Fortschritte, über die Köpfe der antimarxistischen „urgewerkschaftlichen“ Führer hinweg. Bereits im letzten Unterhaus gab die „politische“ Richtung innerhalb der Arbeiterfraktion den Ausschlag, wenn sie auch nicht immer so offen und einwandfrei auftreten konnte, wie sie es wohl selbst gewünscht hätte. Aber sowohl bei der Aufstellung des Wahlprogramms durch die Parteileitung wie auch bei der Benennung der Kandidaten durch die lokalen Organisationen ist der neue Geist, der jetzt in der Labour Party vorherrscht, deutlich zum Ausdruck gekommen. Einmal die Parole: Nie wieder Krieg! die sich besonders an die Frauen richtete, ferner die Forderung auf Erhebung einer Kapitalsabgabe, darüber hinaus schließlich die offene Kampfansage gegen die verschiedenen Gewaltfriedens waren für die politisch-sozialistische Einstellung der Arbeiterpartei kennzeichnend. Die gesamte bürgerliche Presse prophezeite als Folge dieses radikalen Auftretens eine schwere Niederlage der Arbeiterkandidaten.

Aber genau das Gegenteil ist eingetreten. Gerade diejenigen Kandidaten, die am ehesten als Sozialisten anzusprechen sind, haben überraschend gut abgeschnitten. Die neue Arbeiterfraktion hat nicht nur quantitativ durch Verdoppelung ihrer ziffernmäßigen Stärke, sondern auch und vor allem qualitativ durch den Eintritt der besten Bekämpfer des englischen Sozialismus ungeheurer gewonnen. Das wird auch von den bürgerlichen Blättern übereinstimmend hervorgehoben. Die Wiederkehr bzw. der Reueintritt ins Parlament von Männern wie Ramsay MacDonald, Charles Roden Buxton, J. P. S. J. Webb, Sidney Webb, Trevelyan, Bonjony, Philipp Snowden, E. D. Morel, Ben Riley, um nur einige von denen zu nennen, deren Wahl bisher hier beklammert worden ist, bedeutet eine Verstärkung der geistigen Macht der Arbeiterpartei im neuen Unterhaus, die von unserem sozialistischen Standpunkt aus mehr wiegt, als eine Verdoppelung der Mandate, wenn sie lediglich den Trades-Unionisten vom alten Schlage zugute gekommen wäre. Während die Arbeiterfraktion im alten Unterhaus insgesamt nur aus sieben Mitgliedern der unabhängigen Arbeiterpartei bestand, waren nach dem im „Daily Herald“ von Donnerstag früh, der erst einen kleinen Bruchteil der Ergebnisse melden konnte, dreizehn von der I. L. P. aufgestellte sozialistische Kandidaten gewählt und nur einer knapp unterlegen. Mit einer solchen Elite wird die Arbeiterpartei in der Tat das Versprechen ihres neuen Manifestes erfüllen können, „die kräftigste und nützlichste Opposition zu machen, die das Unterhaus seit vielen Jahren gesehen.“

Diese Opposition wird nicht nur der englischen, sondern auch der übrigen europäischen, namentlich der deutschen Arbeiterpartei zugute kommen. Die Erfolge der englischen Arbeiterpartei sind daher auch Erfolge der deutschen Sozialdemokratie. Wir, die wir im engsten Kontakt mit der Labour Party international zusammenwirken, haben allen Anlaß, uns ihrer Erfolge bei den Wahlen zu freuen und auf sie stolz zu sein.

## Zu den rheinischen Krawallen.

### Die Erfolge kommunistischer Taktik.

Die kommunistische Presse treibt in Berlin wie in der Provinz den Teuerungskrawallen gegenüber ein ganz unehrliches Spiel. Formell verurteilt sie rechtzeitig, d. h. nachher die Krawalle, tatsächlich ist ihre ganze Schreibweise dazu angetan, direkt oder indirekt zu Krawallen aufzufordern. Die Kölner „Sozialistische Republik“ hat Musterhaftes auf diesem Gebiet geleistet. Der „Erfolg“ dieser ganzen direkten Aktionen richtet sich natürlich nur gegen die Arbeiter. So schreibt über die Lage in Köln die „Rheinische Zeitung“:

„Immer mehr zeigt sich inzwischen, daß durch die Krawalle der letzten Tage die Preise für Lebensmittel gestiegen statt gefallen sind. Die wir von Großhändlern erfahren, ist in den nächsten Tagen kaum damit zu rechnen, daß der Kölner Markt zufriedenstellend besetzt wird. Die Kölner Arbeiterpartei hat also nicht nur

für die sinnlosen Zerstörungen die Zehne mitzuzahlen, sondern auf ihr laßen auch in erster Linie die Folgen dieser neuen Teuerung! Das ist bisher der einzige Erfolg, den die famosen revolutionären Kontrollausschüsse für sich beanspruchen können. Die „Sozialistische Republik“ glaubt auch in ihrer gestrigen Nummer zum Rückzug blasen zu müssen.“

Die „Rheinische Zeitung“ weist dann weiter darauf hin, daß

„man sich nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, daß in den unteren Volksschichten noch wie vor Verzweiflungstimmung herrscht. Es müssen, wenn sich in Kürze nicht ähnliche oder vielleicht noch schlimmere Vorgänge abspielen sollen, in Köln einschneidende Maßnahmen zur Bänderung der Not getroffen werden. Letzten Endes helfen kann, wie wir bereits gestern betonten, nur ein Ausgleich zwischen Lohn und Geldwert. Die Gewerkschaften sind entschlossen, mit allen Mitteln dieser programmatischen Forderung zur Anerkennung zu verhelfen.“

Das Schlimmste an der ganzen Taktik der KPD., die trotz aller Versicherungen ihrer angeblich antiputschistischen Einstellung immer wieder zu „Aktionen“ drängt, ist nur, daß da, wo die Arbeiterpartei diese Taktik verfolgt, ihre ganze Stochkraft und Energie ziel- und wahllos zur Freude der Unternehmer geschwächt wird. Wenn auch die KPD. nie lernen wird, werden doch die Arbeiter aus solchen „Aktionen“ lernen, daß sie außer empfindlichem Lohnausfall nur verminderte Widerstandskraft gegen die Unternehmer ernten. Im Industriegebiet wird ja deswegen auch übereinstimmend gemeldet, daß die Kommunisten sich dadurch nur um den letzten Rest ihres Einflusses bringen.

### Zusammenstöße in Elberfeld-Barmen.

Die Streikbewegung ist wesentlich zurückgegangen, da die Gewerkschaften die Beteiligung daran abgelehnt haben. So streiken nur noch circa 4000 Arbeiter. Dagegen hat es gestern in Elberfeld-Barmen schwere Zusammenstöße gegeben.

Siegburg, 17. November. (Rth.) In Siegburg ist von der kommunistischen Partei ein Kontrollauschuss gewählt worden, der von der Stadtverwaltung keine Anerkennung und die Uebertragung des Rechtes der Preisprüfung, der Durchsuchung und Beschlagnahme in Geschäften fordert. Die Stadtverwaltung hat dies als unangelegen abgelehnt. Der sogenannte Kontrollauschuss hat sich daraufhin seine Entschreibung vorbehalten. Mit schärferen Zusammenstößen ist hier zu rechnen.

In Witten a. d. Sieg kam es in den letzten Nächten ebenfalls zu Plünderungen, wobei verschiedene Geschäfte ausgeräumt wurden.

## Erhöhung der Umsatzsteuer.

### Höhere Beteiligung der Gemeinden?

Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats nahm anlässlich der Beratung des neuen Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landessteuergesetzes folgende Entschiedenheit an:

„Es erscheint unbedingt notwendig, daß die gesetzgebende Körperschaft des Reichs und der Reichswirtschaftsrat unzweideutig ihren Standpunkt zum Ausdruck bringen, daß der Reichsfinanzminister und die Länderregierungen ihren Einfluß auf eine Herabminderung der Lasten der Gewerbetreibenden auszuüben haben.“

Ferner wird der Reichsminister der Finanzen ersucht, mit tunlichster Beschleunigung die Frage der Realsteuerbelastung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und seinen Standpunkt über die Möglichkeiten der Einführung einer Höchstbelastungsgrenze in einer Denkschrift dem Reichswirtschaftsrat und der gesetzgebenden Körperschaft zu unterbreiten.

Die Gemeinden sind landesgesetzlich zu verpflichten, die Ertragssteuern in ein angemessenes Verhältnis zur Höhe der anderen Gemeindeeinnahmen zu bringen, das eine Ueberlastung der davon betroffenen Kreise ausschließt.“

Von den Vertretern der Gemeinden wurde festgestellt, daß der Bedarf der Gemeinden für 1922 durch den Entwurf nur zu etwa 30 Proz. gedeckt werde, und daran die Forderung auf Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Gemeinden und auf Erhöhung des Steuerfußes auf 2½ Proz. geknüpft. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums teilte mit, daß im Reichsrat eine Einigung erfolgt ist, wonach die Umsatzsteuer auf 2½ Proz. (bisher 2 Proz.) und der Anteil der Gemeinden daran auf

25 Proz. (Entwurf 20 Proz. und bisher 3 Proz.) erhöht wird. Der Arbeitsausschuss hat sich gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer, aber für eine Erhöhung des Gemeindeanteils auf 33½ Proz. ausgesprochen. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wandte sich gegen diesen Vorschlag, weil er das Reich einseitig belastete. Schließlich wurde die Erhöhung des Gemeindeanteils auf 33½ Proz. mit 12 gegen 11 Stimmen beschlossen.

### Umsatzsteuer und Genossenschaften.

Bei der weiteren Beratung entspann sich eine längere Erörterung über die Frage der Behandlung der Genossenschaften bei der Umsatzsteuer. Ein Vertreter der Genossenschaften verlangte deren Befreiung von der Umsatzsteuer, da die Genossenschaften für das Geld ihrer Genossen Ware einkaufen, die dadurch also Eigentum der Genossen wird; die weitere Tätigkeit der Genossenschaften bestünde dann nur in der Verteilung, nicht in dem Umlauf der gekauften Waren. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums sprach sich gegen diese Auffassung aus; denn dann würden ganze Unternehmungsgruppen umsatzsteuerfrei und einer Durchbrechung der Umsatzsteuer wäre Tür und Tor geöffnet. Ein Arbeitgebervertreter des Handels widersprach dem Antrag, weil er ungeliebte Konkurrenzverhältnisse zwischen den Genossenschaften und dem Handel schaffen würde. Auch bestritt er, daß die Genossenschaften ihren Genossen anders als ein Händler seinen Kunden gegenübersehen. Mit 13 gegen 11 Stimmen wurde eine Entschiedenheit angenommen, wonach bei den Genossenschaften, die einem Revisionsverband angehören, und die der gemeinschaftlichen Verwertung von Erzeugnissen der Genossen oder den gemeinschaftlichen Verkauf von Waren der Genossen oder der Herstellung von Häusern für die Genossen dienen, derjenige Teil des Umlages von der Umsatzsteuer befreit ist, der den für die Erzeugnisse und Waren der Genossen oder den eingekauften Waren oder den für die Herstellung der Häuser gezahlten Entgelten entspricht.

## Ein deutscher Soldat als Räuber.

Leipzig, 17. November. (Rth.) Vor dem Zweiten Straf. Senat des Reichsgerichts wurde heute mittig nach längerer Pause in der Reihe der Kriegsbeklagten-Prozesse gegen den wegen Diebstahls, Betruges, Unterschlagung und Beihilfe mehrfach verurteilten Schneider Carl Grüner wegen Rückfallsdiebstahls und Plünderung verhandelt. Der Angeklagte, der im wesentlichen schuldig war, hatte im November 1918 in einem Lazarett in Charleroi in Belgien die Brieftasche eines eingelieferten Unteroffiziers mit Ausweispapieren und einem Geldbetrag von 88 M. unterschlagen und war hierauf desertiert. Angeklagt durch einen belgischen Knecht, bei dem er Unterschlupf gefunden hatte, verhaftete er zusammen mit einem nicht ermittelten gewissen Kurt den in Montigny bei Charleroi wohnenden Belgier Denis Groszeten, angeblich auf Befehl der Kommandantur, und raubte ihm gewaltsam unter Mißbrauch seiner militärischen Ueberlegenheit seine Brieftasche mit 8000 M., wobei er nach der Anklage als Räuberführer aufgetreten sein soll. Der als Zeuge geladene Groszeten war nicht erschienen. Der Angeklagte wurde von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, da seine Straftat nur als Unterschlagung anzusehen sei, die durch das Amnestiegesetz als erledigt angesehen werden müsse. Wegen der Plünderung wurde der Angeklagte, indem das Gericht seine Darstellung, wonach der belgische Wirt der Räuberführer gewesen sei, als nicht ungläubhaft betrachte, zu zwei Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von drei Monaten Unterjuchungshaft, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre und zur Entfernung aus dem Heere verurteilt.

## Vom Staatsgerichtshof der Republik.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, Senatspräsident Dr. Hagens, ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Ursache soll darin liegen, daß sein Wunsch, eine der Stellen des Reichsgerichtspräsidenten entsprechende Stellung zu erhalten, nicht berücksichtigt worden ist. Als sein Nachfolger wird der bisherige Vizepresident des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Schmidt, der bekannte Vorsitzende in den Kriegsbeklagten-Prozessen, genannt, der im Gegensatz zu Dr. Hagens politisch weit rechts steht.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat es übernommen, den deutschen Kriegsbeklagten und hinterbliebenen des Saargebietes untlisch alle Vorteile zuzuwenden, die ihnen die deutsche Gesetzgebung zuspricht. Die Kosten werden zunächst vorauslag und danach von Deutschland erstattet. Frankausgaben werden nur in Markt und nur in solcher Höhe erstattet wie im Deutschen Reich außerhalb des Saargebiets.

## Berliner Saisonbericht.

„Saison“ ist nicht lediglich eine beliebige Jahreszeit, sondern eine, in der sich etwas Gesellschaftliches ereignet. „Saison“ heißt eine bestimmte Jahreszeit im Gesellschaftskulturkalender.

Da häuten sich die Bischofskälten nun mit ersten und bunten Plakaten, und in den Schaufenstern der Modewarenhäuser erblühen Damenhits aus braunlackierten Stengen. Die Preise sprießen auf Tafeln aus Pergamentpapier, und in dramatischen Gesangsunterrichtsstunden zwischern junge und sogar ältere Mädchen.

Regitoren und Musikinstrumente ereignet ein unüberwindliches Mittelungsbedürfnis; Vereinigungen beweisen ihr Dasein durch Veranstaltung von Festen; die Kritiker können vor lauter Premieren den Anforderungen der Schauspieler nicht gerecht werden.

Die Tage werden kürzer und die Nachtdarstellungen länger. Ausstellungen eröffnen sich. Alle Präsidenten der Welt ziehen die Kräfte aus dem Schrank, und andere lösen die ihrigen vom Wandteppich zurück. Larise aller Art nehmen Prozente zu, und manche Menschen verlieren an Gewicht.

Indessen schwillt der Bildungsdrang der Unproduktiven und der Selbstkomenten. Sie füllen die öffentlichen Säle, und, während sie den Atem anhalten, verrät ein Papierkistern ihren körperlichen Hunger.

Es gibt sehr viele öffentliche Säle, und sie heißen entweder nach großen Meistern der Musik, oder auch nach ihren Erbauern, oder anders.

Auf den Podien dieser Säle stehen die Kunst- und Geistesproduzenten und überlegen, wieviel ihnen von den Einnahmen der Konzertiagenkuren verbleibt. Dann stürzen sie sich tollkühn in die eigene Produktion und schwimmen rastlos, bis zur Pause, in Poesie und Gesang.

Junge Mädchen rezitieren gerne Christian Morgenstern. Im Sommer noch spielten sie Tennis, und, wer sie sah, konnte nicht ahnen, wie fürchtbar ihnen die Saison werden sollte.

Sie waren weiß gekleidet und harmlos, wie beim Empfang von Landeseltern. Nun sind sie ernst gepudert und dunkel gekleidet und werfen Verleumdungen ins Parkeett. Die Referenten sitzen zunächst der Tür, um nicht getroffen zu werden.

An den Wänden und Decken der Säle ist sehr viel Bierat aus Gold und Studwerk. Unterschlechtige Klischees und altgermanische Helmen- und Regenwaffen sind Zell ihres Lebens hier festgehalten und müssen gegen ihren Willen symbolisch sein.

Sehr beliebt ist Alles, der die Weltkugel auf seinen Schultern trägt. Er bricht schier zusammen unter der Last der zahlreichen Regitoren, die auf seiner Welt herumregitieren.

Auch Venus ist eine beliebte Göttin, und ihr Körperumfang schwillt gelegentlich ins Maßlose. Auf ihren marmornen Brüsten

könnten sich erwerbslose Auswanderer anstellen. Auf ihrer ausgestreckten Handfläche fände ein Schrebergarten Platz.

Manchmal lehnt Neptun an einer Säule und weiß nicht, was er auf dem Trockenen mit seinem Dreizack machen soll.

Sehr schön sind die Gedichte junger Autoren. Diese können sich das Schreiben in Jyken nicht abgewöhnen und das Vorlesen auch nicht.

Der Gegenstand ihrer Poesie ist Rülse, manchmal Hoffmannsthal und manchmal sogar Dehmel.

Man stellt mit Genugtuung fest, daß Heine in dieser Saison nicht mehr schäufig abgeschrieben wird.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die meisten jungen Dichter aus dem Westen Berlins kommen, wo sie tagsüber vom Vater eine Rente beziehen. In ihren Ruhestunden besuchen sie das Realgymnasium.

In den Konzerten wird Chopin bevorzugt. Man hämmert ihn auf schwarzen Flügeln, die in der Mitte so aufgestellt sind, daß die Firma zu sehen ist. Sie befindet sich außerdem noch auf den Programmzetteln.

Die Virtuosen sind gewöhnlich jung und schwarzhaarig. Die Fortsetzungen und ihre innere Erregung erkennt man am besten an den Bewegungen der Frackhöhe.

So oft sie aufstehen und sich verneigen, ist ein Stück zu Ende, und es ist erlaubt, zu klatschen. Wenn sie dagegen sitzen bleiben, ohne die Finger zu bewegen, ist das Klatschen nicht ratsam. Es stellt sich dann regelmäßig heraus, daß es nur eine „volle Pause“ war.

Die Behebung des Konzertsaals richtet sich nach dem Grad der Berühmtheit des Virtuosen. In dieser Saison sind die Konzertsäle nicht sehr gut geheizt.

Dennoch muß man die Ueberkleider ablegen, aus Achtung vor der Kunst. Die Schuhe darf man anbehalten.

Wenn das Publikum am Schluß der Vorstellung sehr begeistert ist, spendet ihm der Virtuose noch ein „Ave Maria“. Dieses Lied ist in der Welt berühmt als außerprogramatische Zugabe. Deshalb ist es so selten angefündigt und wird doch immer gespielt.

Jeder Konzertsaal hat ein „Künstlerzimmer“, das ein besiedeter Aufenthaltsraum der Familie ist. Dort wird der Virtuose in der Pause gelabt, wie ein Voger vor der Runde.

Einem der nächsten Morgen liest er seinen Namen in gespanntem Druck mitten unter zahlreichen Kollegen, und er hat die seltsame Empfindung eines Lebenden, der sich in einer Verfluchtete befindet. Der Note.

Die Sonnenfinsternis hinter Wolken. Von der deutschen Sonnenfinsternis-Expedition, die zur Prüfung der Relativitätstheorie auf der Weihnachtsinsel bei Java tätig war, sind

bisher nur kurze Mitteilungen nach Deutschland gelangt. Jetzt liegt ein ausführlicher Bericht eines der Teilnehmer, des Professors Dr. August Kopff von der Heidelberger Sternwarte, in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vor. Der Tag der Sonnenfinsternis folgte auf Tage sehr günstiger Witterung. Kopff schreibt: „In der Nacht zum 21. erhielten wir die letzten Vergleichsaufnahmen, aber am Morgen war die Bewölkung sehr dicht und es regnete stark. Dann klarte der Himmel wieder auf und wir beobachteten den ersten Kontakt der Finsternis. Aber mit zunehmender Verdunstung der Sonne trat immer härtere Wolkenbildung ein. Trotzdem gelang noch die Beobachtung des Anfangs der Totalität. Diese Augenblicke gehörten zum Ergreifendsten, das dem Menschen zu erleben vergönnt ist. Der letzte Rest der Sonne steht als hell strahlender Stern am Himmel. Da und dort tauchen andere Sterne auf. Die Beleuchtung wird immer schwächer, wie vor einem schweren Gewitter, und dieser Eindruck wurde noch durch die sich über der Insel dicht zusammenballenden Wolken erhöht. Ein letztes Erzittern des Sonnenlichtes; fliegende Schatten huschen unheimlich über den hellen Kall und mit einem Schlag steht die Korona in mildem, grünem Licht am Himmel. Im Sucherfenster der großen photographischen Kamera, von dem aus ich die Vorgänge wahrnehme, sind gewaltige, glühende rote Protuberanzen zu erkennen. Sie erscheinen ganz plötzlich, als ob sie gerade in diesem Augenblick aus der Sonne hervorgebrochen seien. Nach etwa 100 Sekunden waren die Wolken so dicht, daß von der ganzen Erscheinung nichts mehr wahrzunehmen war. Doch war es wenigstens gelungen, mit jedem der Instrumente eine photographische Aufnahme zu erhalten. Wir warteten vergebens; ein einziges Mal erschien die Korona noch für kurze Zeit. Es wurde wieder Tag. Die vier Minuten, für die wir so viel gearbeitet und uns geforgt hatten, waren vorüber.“

Die Entdeckung von Saurier-Spuren in Niedersachsen. Ueber die Auffindung von Saurier-vorzeitlicher Elefantenzahn berichtet Adolf Benkert in der Zeitschrift „Niedersachsen“. Die interessantesten Spuren aus ferner Urzeit sind im Kadensberger Land entdeckt worden, und zwar unfern des Dertichens Bälbede im Wüthen-Gebirge östlich der Bahnstrecke Bremen-Osnabrück. Hier ragen die Steinwände aus Triasgestein hoch auf, und die eine Schrägwand ist bedeckt mit Vertiefungen von schwankender Deutlichkeit, die den Ausmaßen und der Anordnung nach unverkennbar zueinander in Beziehung stehen. Es sind die Fährten von Urtieren, die alle derselben Gattung angehören, nämlich den Sauriern. Die Wälzeit dieser riesenhaften Tiere verlegt man in die Wende der Jura- und Kreideperiode. Es waren meist harmlose Pflanzenfresser von 10, 20 und sogar über 30 Meter Länge. Man begriff also, wach ungeheure Lasten auf den Füßen ruhten, deren Balleneindrücke von 50, 60 und mehr Zentimeter im Durchmesser man gefunden hat. Genauere Schätze aus dieser Entdeckung wird erst die Fachwissenschaftlichen geben. Der wertvolle Fund wird im Museum zu Münster geborgen werden, bevor die unaussprechliche völlige Verwitterung der bröckelnden Oberfläche die Spuren überhaupt verdrückt. „Einst stapften hier durch Schlamm und Schlamm Tierfüße, deren Wesensart wir nur ahnen und vorzustellen vermögen. In das Rascheln der baumhohen Schachtelhalme mischte sich das harte Rascheln der Robelstängel und ihrer entarteten Baumsäulen, der Eingelobäume, das tote Wehen der Niesewedel von Baumfarn und Sogopalme — kein Vogelgefang, kein buntes Falter.“



# „Rechtfertigung“ des Feschenbach-Urteils.

Zu bayerischen Landtag.

München, 17. November. (WZ.) Im Landtag beantwortete Justizminister Dr. Gärtnner die Interpellation der Sozialdemokraten über das Feschenbach-Urteil: Es sei bezeichnend gewesen, daß schon lange vor dem Feschenbach-Prozess interessierte Gruppen in Zeitungen Stimmung für Feschenbach gemacht hätten. Auch die Basler „Nationalzeitung“ habe schon lange vor dem Prozess geschrieben, daß mit dem Prozess in München ein Justizmordprozess beginne. Hoffe man die gesamten Angriffe gegen das Urteil und das Gericht im Feschenbach-Prozess zusammen, so habe es den Anschein, als ob durch ein geheimes Verstehen ein unschuldiger Mann ein Opfer politischer Rache geworden sei. Das treffe jedoch nicht zu. Was die Angriffe gegen das Verfahren anlangt, so stelle er fest, daß die Volksgerichte für Landesverrat zuständig seien. Die Verteilung habe schon wochenlang vor der Verhandlung die Anklage gehabt. So sehr er den Sachverständigen jede Autorität einräume, so wenig könne er zugeden, daß das Urteil eines Sachverständigen (Zimmern Red.) über das Urteil eines Gerichts zu stellen sei. Es stehe fest, daß an dem guten Glauben der Berufs- und Laienrichter im Feschenbach-Prozess von den Interpellanten nicht gewagt werden dürfe. Was die Angriffe gegen das Urteil selbst anlangt, so bemerke die Minister: Zeiten, in denen Parlamente als Berufungsinstanz gegen Urteile oder selbst als Richter tätig waren, wie in Zeiten der französischen Revolution, waren stets Zeichen des Niedergangs. Die Pflicht, die Unabhängigkeit der Rechtspflege hochzuhalten, mache es ihm unmöglich, in eine öffentliche Kritik an einem Richterspruch einzutreten.

Da der Gerechtigkeit des Urteils könne kein Zweifel bestehen.

Die hohen Strafen rechtfertigen sich aus den schweren Nachrichten, die der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeiterschaft aus der Befragung des Ritter-Telegramms erwachsen seien. Das Ritter-Telegramm sei, als es von Feschenbach veröffentlicht wurde, geheim gewesen. Schon im Mai 1919 sei ein Verfahren wegen Landesverrats gegen Feschenbach eingeleitet gewesen, und zwar vom damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hofmann. Feschenbach habe damals geäußert, das Ritter-Telegramm irgend jemand gegeben zu haben. Auch im Kriegsschuld-Verfahren habe Feschenbach sich auf dieses Bekenntnis gestützt. Im letzten Prozess habe er dagegen erklärt, daß er die Weitergabe des Ritter-Telegramms deswegen geäußert habe, weil er befürchtete, sich einen Prozess wegen Landesverrats zuzuziehen. Feschenbach sei also selbst über die Rechtslage nicht im unklaren gewesen. Zusammenfassend schloß der Minister, nicht ein unschuldiger Mann sei von einem ungerechten Urteil betroffen worden, sondern einen gefährlichen Schädling des ganzen Volkes habe seine verdiente Strafe erreicht. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.)

In der Beantwortung der Interpellation erklärte Abg. Dr. Graf Bestalozza (Bayr. Sp.), es könne keine Rede davon sein, daß das Urteil des Volksgerichts ein Justizmord sei. Das Gericht habe mit vollem Recht ausgesprochen, daß durch die Aushängung des Ritter-Telegramms das Vaterland außerordentlich schwer geschädigt wurde. Gerade in der schwersten Zeit, als Deutschland vollständig dem Verfall und die Hungersnot drohte, habe Feschenbach durch die Aushängung des Ritter-Telegramms und der Erzberger-Denkchrift den Dolchstoß in das Herz des Vaterlandes geführt. Ein Arbeiterführer sei gerade in der schwersten Zeit Deutschlands zum Hauptverbrecher an dem deutschen Arbeiter geworden durch eine der einschneidendsten Schandthaten, deren Opfer das deutsche Volk jemals geworden sei. Die Geschichte dieses Verbrechens und seiner juristischen Folgen würden immer wieder hinausgeschrien bis in die letzte Straße. Die Unabhängigkeit der Rechtspflege müsse unbedingt aufrechterhalten werden und der Justizminister müsse

gegenüber etwaigen Einsetzungen der Reichsjustizverwaltung anlässlich des Feschenbach-Urteils im Interesse des einzelnen und der Unabhängigkeit der bayerischen Justizpflege unbedingt stark bleiben.

Abg. Ufermann (Soz.) sprach die Befürchtung aus, daß weitere ähnliche Landesverratsprozesse kommen werden und forderte daher die rasche Befreiung der Volksgerichte. Demgegenüber stellte sich Abg. Dr. Rath (Dnat. Mittelp.) vollständig auf den Standpunkt des Gerichts und erklärte, daß das Urteil angesichts der Furchtbarkeit des begangenen Verbrechens durchaus berechtigt sei.

Ueber die Begründung der Interpellation durch unseren Fraktionsredner, meldet uns in Ergänzung des WZ.-Berichts, den wir

Die österrische Katastrophe. Die ersten ausführlichen Nachrichten, die der Telegraph aus Chile übermittelt, entrollen erschütternde Bilder von dem Umfang der Zerstörung, die das Erdbeben und vor allem die gewaltigen Sturzseen herbeigeführt haben. Schiffe sind wie Streichhölzer zertrümmert und die Trümmerstücke mit unglaublicher Kraft weit ins Land hineingeschleudert worden. In Coquimbo wurden verschiedene im Hafen ankernde Fahrzeuge über eine Eisenbahnbrücke, die wie durch ein Wunder stehen geblieben war, hinübergeschleudert und fielen einen Kilometer von der Küste zerstückelt zu Boden. Hier und in der nahegelegenen Stadt La Serena zählte man allein 700 Tote. Die Szenen, die sich in dieser Stadt abspielten, nahmen einen besonders grausigen Charakter an, durch die Ueberflutung eines Friedhofes, bei der Hunderte von Leichen von der Sturzsee aus ihren Gräbern gewaschen wurden. Weiter nach Norden, in der Nähe von Antofagasta hat die Sturmflut besonders furchtbare Zerstörungen angerichtet. Die ganze Küste von Huasco ist eingestürzt und losgerissen. Boote und Schiffe dombarbierten wie oberschwammige Torpedos die einen Kilometer landeinwärts gelegenen Wälder. Das Meerestier von Antofagasta bis Bolivien sah sich der Gewalt der hereinströmenden Wassermassen preisgegeben; hier wurde alles in Stücke geschlagen. In Talcahuano, rund 500 Kilometer südlich von Valparaiso, ankerten die österrischen Kriegsschiffe; bei den ersten Beben lösten sich die Ankerketten und gingen mit Vollkraft in See, um sich vor dem Untergang zu retten. Jetzt kreuzen sie an der Küste und legen an verschiedenen Stellen an, um den Notleidenden Lebensmittel und Verbandstoffe zuzuführen. Insgesamt wird die Zahl der Obdachlosen auf 85 000 Köpfe geschätzt. Dringende Warnmeldungen, die aus Valparaiso nach Santiago gelangten, fordern die sofortige Abwendung von Lebensmitteln und Medikamenten für die von dem Unheil heimgeführten Städte und Dörfer. Sie berichten, daß Valparaiso im wahren Sinne des Wortes vom Erdboden verschwunden ist; das Schulhaus ist das einzige Erdbäude, das stehen geblieben ist. Von dem eingestürzten Gefängnis sind die Gefangenen begraben worden. In Copiapo ist die Hälfte der Gebäude völlig zerstört, und die übrigen Gebäude sind unbewohnbar.

Die englische Wahl und die Post. Nach den vorläufigen Schätzungen der englischen Postverwaltung sind während des ersten Teiles der Wochenschicht annähernd 100 Millionen Postsendungen mit Wahlzettelchen, Stimmzetteln und anderen Drucksachen von den verschiedenen Kandidaten durch die Post verschickt worden. Da nach dem englischen Wahlgesetz die Sendungen der Wahlkandidaten Priorität genießen, so hat die Beförderung des Wahlmaterials für die Post einen Vorrat auslasten von 208 000 Pfund Sterling gebrocht. Da man annehmen muß, daß bis zum Wahltag noch mindestens ebensoviel Wahlmaterial verschickt ist, so darf man also mit einer Gesamtsumme von 200 Millionen postalischen Sendungen rechnen. Bei der Wahl von 1918 stellte sich die Leistung der Post auf 40 180 000 Sendungen.

Das „Phantom“ für die verlebenden Schriftsteller. Am Montag wird im Ula-Palast am Hof eine Festausführung des Opern-Componisten „Phantom“ zwischen der verlebenden Schriftsteller veranstaltet. Vorträge. Von Blabatsch H. Steiner“ heißt der Vortrag, den Dr. Warzupel am Sonntag, 7. Nov. in der Aula, Georgenstr. 30/31, über die Etymologie der Telephonie und Antropologie hält. — Ueber Adolf Steiners Eilermelie spricht Theodor Rappkeim am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Abwehr. 84.

bereits im Abendblatt wiedergegeben haben, ein eigener Münchener Drahtbericht:

Genosse Dr. Sängner entwarf ein niederschmetterndes Bild der ungeheuren Reichsverluste in der Prozessführung, die der bayerischen Justiz zur Gewohnheit geworden sei und im Feschenbach-Prozess ihren nicht mehr zu überbietenden Höhepunkt erreicht habe. Ganz einseitig werde die Praxis gegen links angewendet, während gegen Hoch- und Landesverrat, Gewalttätigkeiten und Gesetzesverletzungen, die von rechts begangen werden, nicht eingeschritten wird. Für den Feschenbach-Prozess sei ausschließlich das Reichsgericht zuständig gewesen, nicht das lediglich für eine politische Situation vorübergehend eingeschaltete Volksgericht. Unter stürmischen, von Ordnungsrufen begleiteten Rufeln der Linken schiederte der Redner die parteipolitische Einstellung des Gerichts vor sich, daß der reaktionären Presse das Urteil bereits am Tage der Verkündung übergeben habe, während er dem Angeklagten noch der Beurteilung die Zustellung des Urteils verweigerte. Daselbst Gericht habe im Fall Beantwortung einem Abgeordneten zu politischen Zwecken das Urteil übergeben. Die Volksgerichte müßten sofort aufgegeben werden.

Abg. Ufermann (Soz.) wies den Vergleich des Abg. Bestalozza zurück, daß die Hausführung im Bureau des Genossen Ufer auf die gleiche Stufe mit dem Suchen nach einer geschlossenen Sache zu stellen sei. Er verlangte eine Antwort des Justizministers auf eine größere Zahl von Fragen Sängners; offenbar gehe es dem Justizminister wie dem Polizeiminister Dr. Schwegler, der auch nicht gegen rechts einschreiten könnte. Daß Dr. H. H. der Vorsitzende des Volksgerichts, gleichzeitig Untersuchungs- und verhandlungsführender Richter gewesen, sei nicht widerlegt. — Abg. Dr. Müller-Hof (Dem.) fand, daß das Urteil das materielle Recht nicht verletze. — Nach einer Rede des Kommunisten Schmidt versuchte der Justizminister die in der Debatte gegen ihn gemachten Angriffe zu widerlegen. Dabei gab er eine Erklärung über die Pressefreiheit ab, die geeignet ist, jeden Journalisten zum Freiwill der bayerischen Justiz zu machen!

## Ermäßigung der Anzeigensteuer.

Der Reichstag verabschiedete gestern zunächst den deutschnationalen Antrag auf Veränderung des Umsatzsteuergesetzes. Ursprünglich forderte der Antrag die Aufhebung der Anzeigensteuer für Zeitungen und Zeitschriften. Der Erste Ausschuss hat dagegen beschlossen, die Inkontinentsteuer wie folgt zu ermäßigen: Von der ersten Million Mark des innerhalb eines Kalenderjahres verzeichneten Entgelts auf 1/2 Proz., von der nächsten Million Mark auf 1 Proz., von der weiteren Million auf 1 1/2 Proz. und darüber hinaus auf 2 Proz. Das Gesetz soll am 1. Januar 1922 an in Kraft treten.

Abg. Koenen (Stamm.) beantragt die völlige Befreiung der Umsatzsteuer. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt wird, wird die Aufhebung der Besteuerung der Konsumware eine gefordert. Gegenüber den Ausführungen Koenens bemerkt der Berichterstatter Abg. Bruhn (Dnat. Sp.), diese Maßnahme sei nicht zugehörig der Stimmens-Presse, sondern der mittleren und kleineren Presse geplant. Abg. Rahmann (Soz.) wir haben immer erklärt, daß wir, wenn es die Finanzverhältnisse gestatten, die rohe Umsatzsteuer beseitigen wollen. Im nächsten Monat werden wir uns auch bei der Beratung der Einkommensteuerverordnung mit der

### Entlastung der Genossenschaften

zu beschäftigen haben, die tatsächlich durch die Umsatzsteuer ungerecht belastet werden. Wir können deshalb dem kommunistischen Antrag heute nicht zustimmen.

Nach Ablehnung der kommunistischen Anträge wird der Ausschussantrag in zweiter und dritter Lesung angenommen; ebenso, nach kurzer Aussprache, die Resolution zum Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetz. Damit wird die Gehaltsgrenze für die Zuständigkeit auf 840 000 M. erhöht.

Dann setzt das Haus die Aussprache über

### Die neue Geschäftsordnung

fort. Abg. Ledebour (U. Soz.) erhebt eine Reihe von Bedenken gegen den Entwurf, insbesondere gegen die schematische Verkürzung der Redezeit auf drei Viertel oder eine halbe Stunde. Er beantragt Zurückverweisung an den Ausschuss.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) verteidigt die Beschlässe des Ausschusses gegenüber den Angriffen des Vorredners. — Der Antrag Ledebour wird nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der zwei Ledebour-Parteierteil und Kommunisten abgelehnt. Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung wird der deutsch-nationale Antrag, im § 16 zu sagen „der gewählte Präsident scheidet mit seiner Wahl von selbst aus der Fraktion aus, der er angehört“, abgelehnt. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Verkehrswesen beschlossen. Nach der Ablehnung einer Reihe demokratischer Änderungsanträge wird die Weiterberatung auf Sonnabend 12 Uhr vertagt; kleine Anträge und Vorlagen. — Schluß 6 Uhr.

## Mißstimmung gegen Mussolini.

Rom, 17. November. (EV.) In der Haltung der Kammerfraktionen gegenüber Mussolini schien sich heute ein Umschwung bemerkbar zu machen, der auf Mussolinis herausfordernde Haltung gegen die Kammer zurückgeführt wird. Eine Anzahl Abgeordnete der Verfassungskomitee will sich der Stimme enthalten, wenn sie es auch nicht wagen, gegen Mussolini zu stimmen. Unter den Katholiken zeigen mehrere Abgeordnete Neigung, in die Opposition gegen Mussolini zu treten.

Mailand, 17. November. Der parlamentarische Mitarbeiter des „Corriere della Sera“ schreibt: Die Rede Mussolinis hat einen offenen Gegensatz zwischen Regierung und Kammer geschaffen, der nur mit dem Ende der jetzigen Legislaturperiode der Kammer beseitigt werden kann. Die jetzige Kammer ist vom Ministerpräsidenten zur Ohnmacht verurteilt worden und wird nichts gegen ihn unternehmen können. Im Grunde genommen ist der Konflikt zwischen der Regierung und der Kammer ein Konflikt zwischen der Kammer und dem Lande. Wenn die Kammer jetzt noch weiter leben will, würde sie nur ein kümmerliches Dasein fristen und die parlamentarische Einrichtung lächerlich machen. Die Kammer soll daher auch würdig sterben, damit das parlamentarische Leben wiederaufblühen kann. Der „Secolo“ schreibt: Die italienische Revolution hat uns die Diktatur gegeben. Die Rede Mussolinis läßt darüber keinen Zweifel mehr bestehen. Diese Diktatur wird auf geringe Widerstände stoßen. Italien will die neue Regierung an der Arbeit sehen. Ihre schwerste Aufgabe wird zweifellos der Ausgleich der Staatsfinanzen sein.

### Das Finanzprogramm.

Rom, 17. November. (EV.) Nach dem Finanzprogramm des Kabinetts Mussolini soll u. a. das Zentralfinanz für die befreiten Gebiete aufgeschoben werden. Schiffsahrtsubventionen sollen nur noch für ganz bedeutende Linien, für den Verkehr mit den Kolonien und den Inseln aufrechterhalten werden. Alle bisher vom Staate betriebenen Linien sollen entlassen werden. Bei den Staatsbahnen soll gespart werden. Im Versicherungswesen soll jedes Monopol ausgeschaltet werden. Ein Teil des Postdienstes soll an Privatgesellschaften abgetreten werden. Sobald es die Finanzverhältnisse gestatten, soll das ganze jährliche Ausgabenskontingent eine militärische Ausbildung durch Wiederholungskurse erhalten. In der Flotte sollen die nur wirklich kriegswürdigen Einheiten beibehalten werden.

Der Sultan gestiftet. Der Sultan ist mit Gefolge auf dem britischen Schiffschiff Malava nach Malta abgefahren. Es heißt, daß die Kemalisten ihn vor Gericht stellen wollten.

Die Zeitschrift „Heimatsland“ wurde in München wegen Auf-forderung zur Brandstiftung und zu Gewalttaten gegenüber der Sozialdemokratischen Partei beschlagnahmt.

# Wirtschaft

Von den Metallmärkten.

Der Dollar ist nach wie vor der preis- und geschäftsbestimmende an den Metallmärkten. Entsprechend der Steigerung des Dollarkurses sind die Preise für alle Metalle gestiegen. Seitern ist mit dem Fallen des Dollarkurses auch ein Sinken des Preises auf der ganzen Linie festzustellen. Das Angebot war sehr gering, aber auch die Nachfrage fehlte. Der Mangel an Nachfrage hängt, wie in Hochzeiten versichert wird, damit zusammen, daß die metallverarbeitenden Industrien reichlich mit Vorräten versehen sind und daß außerdem der Eingang an Aufträgen zu wünschen übrig läßt. Eine Ausnahme in dieser Beziehung bilden die Lokomotivfabriken, die vornehmlich mit der Aufarbeitung alter Aufträge für schwedisch-russische Rechnung gut beschäftigt sind.

Am internationalen Metallmarkt fehlte Deutschland als Käufer. Hier ist ein Sinken des Preisniveaus festzustellen.

Der Kupferkonsum hat nachgelassen, die Kupferproduktion ist steigend, da die Arbeiter gerade in die Kupferbergwerke strömen, weil hier bessere Löhne gezahlt werden als in anderen Industriezweigen. Die Versteuerung der Kohle und die Tatsache, daß Kupfer jetzt erst in viel größeren Tiefen gewonnen werden kann, läßt allerdings eine beträchtliche Verbilligung nicht zu.

Auch der Weltmarktpreis für Zinn bewegte sich auf absteigender Linie und zwar deswegen, weil die Hauptverbraucherin dieses Metalls, die Weichblechindustrie, über Mangel an Beschäftigung klagt.

Dagegen haben sich die Preise für Blei gehalten. Mexiko produziert zwar in wachsenden Mengen, aber auf der anderen Seite ist der Bedarf an Blei sehr im Steigen begriffen, da dieses Metall als Ersatz für teurere andere Metallarten immer mehr in Aufnahme kommt.

In absteigender Linie bewegen sich auch die Preise für Zink. Wenn auch in England gerade hierfür sehr starkes Begehren vorhanden ist, so ist die Ausfuhr aus Amerika doch noch stärker, die Nachfrage wird durch das Angebot erheblich übertroffen. Die nachfolgende Tabelle illustriert die letzten Bewegungen am deutschen Metallmarkt:

	100 kg	30.12.19	30.12.21	30.6.22	30.10.22	17.11.22
Elektrolyt-Kupfer	2298	5 833	11 834	128 684	206 332	
Original-Hüttenweiches	880	2 000	4 050	45 000	75 000	77 500
Original-Rohzink (freier Verkehr)	865	2 100	4 550	75 000	150 000	170 000
Hüttenginn, mindestens 99%	6275	13 950	24 850	310 000	525 000	585 000

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß trotz des erwähnten steigenden Preisrückganges die Preise gegenüber Ende Oktober immer noch fast doppelt so hoch sind. Der Dollar steht eben noch immer, trotz des Rückganges, erheblich höher als damals.

## Fingerzeige für die Verbilligung der Baustoffe.

Vom 1. Juli 1914 bis zum 1. Oktober 1922 waren nach den Berechnungen des Verbandes sozialer Baubetriebe die Preise für die hauptsächlichsten Baustoffe einer Wohnung von 70 Quadratmeter Wohnfläche von 1668 M. auf 672 406 M. oder um rund das 403fache gestiegen. In der gleichen Zeit stiegen die Lohnausgaben für eine solche Wohnung von 2702 M. auf 399 789 M., also um rund das 148fache. Während in Goldmark umgerechnet die Lohnausgaben um 41 Proz. zurückgingen, sind die Baustoffpreise um rund 70 Proz. über den Goldmarkpreis der Vorkriegszeit hinaus gestiegen. Diese Tatsache zeigt schlagend, wie notwendig es ist, dem Wucher mit Baustoffen Einhalt zu gebieten.

Einen Fingerzeig, wie dies geschehen kann, gibt der Bauhüttenbetriebsverband Schießen, eine Tochtergesellschaft des Verbandes sozialer Baubetriebe. Er hat im Frühjahr 1921 von der Provinz Schießen eine stillgelegte Ziegelei für ein Pachtgeld von 10 Proz. des jeweiligen Ziegelpreises gepachtet und konnte im Jahre 1921 noch 2 1/2 Millionen Ziegelsteine auf den Markt werfen, die er durchweg um 15 Proz. unter dem von den Ringziegeleien festgesetzten Preise verkaufte. Im September dieses Jahres verkaufte er das Tausend Ziegelsteine für 4500 M., während die Ringziegeleien bereits 5500—6000 M., also mindestens 1 M. für jeden Ziegelstein mehr forderten. Eine zweite Ziegelei passierte der Bauhüttenbetriebsverband Schießen von der Stadt Grünberg auf 10 Jahre, und zwar ebenfalls für einen Pachtzins von 10 Proz. des Verkaufspreises. Die Stadt Grünberg selbst hatte die Ziegelei, die vollkommen heruntergewirtschaftet war, im Herbst 1921 von einem Privatmann für 360 000 M. erworben. In diesem Falle konnte der Bauhüttenbetriebsverband das Tausend Ziegelsteine im September 1922 für 5000 M. verkaufen, während die Ziegeleivereinigung 6500 M. verlangte und auch bekam. Der Bauhüttenbetriebsverband gibt in einer interessanten Aufstellung seine Kalkulationsgrundlagen und seine Produktionskosten bekannt, woraus sich ergibt, daß er nicht nur sein Betriebskapital ordnungsmäßig verzinst und ausreichende Abschreibungen vorgenommen, sondern trotz des um 15—20 Proz. niedrigeren Verkaufspreises auch noch einen ansehnlichen Geschäftsgewinn gehabt hat. Die Stadt Grünberg bekommt durch die Pachtsumme eines Jahres die Kaufkosten der Ziegelei vollkommen herein.

In der Provinz Schießen werden jährlich etwa 90 Millionen Ziegelsteine produziert. Würde durch wirtschaftliche Arbeit und durch die Ausschaltung übermäßiger Gewinne jeder Stein um 1 M. billiger verkauft, so ergäbe dies allein für Ziegelsteine in der Provinz Schießen eine Ersparnis von jährlich 90 Millionen Mark. Auf ganz Deutschland und auch auf andere Baustoffe umgerechnet, lämen Ersparnisse von vielen Milliarden Mark. heraus. Für die Gemeinden, Kreise, Provinzen usw. sind dies Hinweise, wie man durch praktische Maßnahmen zur Senkung der Baustoffpreise beitragen kann.

Kartoffel- und Brennspiritusversorgung. Der überraschend günstige Ausfall der Kartoffelernte hat zweifellos zur Verbilligung der Gemüts beigetragen. Die Kartoffelpreise haben sich, verglichen mit den Kartoffelpreisen des Vorjahres und im Verhältnis zur Geldwertung und zur allgemeinen Teuerung in den letzten Monaten, auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau gehalten. So war es möglich, daß die Bevölkerung sich ihren Winterbedarf an Kartoffeln beschaffen konnte. Das Angebot an Kartoffeln ist, wie die „WZ“ an unrichtiger Stelle hören, so groß, daß stellenweise die Abnahme ins Stocken geraten ist. Die Befürchtungen, daß früher Frost, Transportstörungen usw. die Kartoffelversorgung gefährden könnten, treten bis jetzt nicht zu. Andererseits wird der Ueberfluß an kleinen, erfrornen und minderwertigen Kartoffeln auch das Quantum für Brennweide so vergrößern, daß die Brennspiritusproduktion einigermaßen vergrößert und der Preis für Spiritus gesenkt werden kann, ohne daß dadurch die Ernährung der Bevölkerung in Frage gestellt wird.

Abessinisch-Weißes Kohlenyndikat. Für das bevorstehende Mitglied. Landtagsabgeordneter Otto Dru, wählte die Generalversammlung des Abessinisch-Weißes Kohlenyndikats den von den Vertreter der Reichskohlenrat vorgeschlagenen Landtagsabgeordneten Gen. Simbergh.

Freigabe polnischer Getreides für Deutschland. Die polnische Regierung hat der deutschen Regierung mitgeteilt, daß sie im laufenden Jahre 100 000 Tonnen Gerste und 160 000 Tonnen Hafer zur Ausfuhr nach Deutschland freigegeben werde.

Devisenkurs. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 100 österrische Kronen 8,77 Geld, 8,83 Brief; 1 ungarische Krone 2,74 Geld, 2,76 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 69,75 Geld, 100,25 Brief; — 100 polnische Mark galten im freien Verkehr etwa 48,50 M.







Der Bahnhof Friedrichstraße.

Will man kurz sagen, wie es augenblicklich um den Bahnhof Friedrichstraße herumläuft, kann man das am besten mit dem alten alten Berlinern in unfreundlichster Erinnerung stehenden Satz tun: „Es wird gebuddelt!“ Früher wurde nur im Sommer in Berlin „gebuddelt“. In fast allen Straßen erlebte man, daß das Pflaster aufgerissen war, daß der Asphaltbelag erneuert wurde, oder daß man Straßenbahnspalten auswechselte. Überall fast stieß man dann auf Haufen von Pflastersteinen, Sand und Schutt. Als dann freilich die Untergrundbahn sich tief in das Innere Berlins eingrub, wurde die Buddelerei in Berlin als Dauerzustand erklärt, und die Kletterkünstler auf den Straßen mußten im Sommer und im Winter ausgeführt werden.

Der Bau der Untergrundbahn schafft auch das größte Chaos am Bahnhof Friedrichstraße, zwischen dem Bahnhof und der Rotenbrücke im Zuge der Weidenbammer Brücke. Die Passage hier, namentlich bei nassem und schmutzigem Wetter, ist ein Vergnügen eigener Art. Nicht minder chaotisch sieht es auf dem Platz am Bahnhof aus, auf dem einst die sogenannte Papiniere stand und auf dem phantastisch hohe Turmhäuser und Wolkenkratzer à la New York sich hochrecken sollten. Von dem geplanten Bau ist noch nichts zu erblicken, es macht eher den Eindruck, als ob man vor Trümmern und den letzten Resten eines Hauses steht. Auch die Holzverkleidung der Straße am Bahnhof entlang nach dem Schiffbauerdamm, über die täglich Autocombusse wuchten und ein großer Lastwagenverkehr flutet, ist zerfetzt und zerfrenzt. Chaotisch mißt es auch auf dem Neubau des Bahnhofs selbst an. Man kann zwar heute schon ungefähre erkennen, wie alles nach dem Umbau sich gestalten wird, aber bis zur endgültigen Fertigstellung dürfte noch viel Wasser die Spree hinunterfließen.

Ein schlimmsten aber ist das Gedränge an den in die Ecken gedrängten Fahrkartenschaltern und auf dem durch die Gerüste des Neubaus, durch Säule und Bretterwände bis zur Ungeselligkeit eingegengenen Flur, auf den die Wartehäuser münden. Der Wartesaal vierter Klasse, ein kleiner, dumpfer Raum, ist stets überfüllt von armen Reisenden mit Koffern, Kisten und vielen Kindern. Meistens sind es Saisonarbeiter, die vom Stettiner Bahnhof kommen und hier auf den Zug zur Weiterfahrt warten. Alle die vielen Menschen kann der kleine Raum gar nicht fassen. Die Flur drängt hinaus auf den engen Flur und chaotisch liegt und steht auch hier alles durcheinander: Viel Kinder, Koffer und Kisten...

Sparmaßnahmen der Straßenbahn.

Verkürzte und zusammengelegte Linien.

Der Verwaltungsrat der Berliner Straßenbahn beschloß gestern bei drei Linien den Fahrabstand von 15 auf 20 Minuten zu erhöhen, bei 9 Linien die Fahrtzeit bis gegen 8 Uhr zu beenden, bei 12 Linien entsprechende Verkürzungen Platz greifen zu lassen, 6 Linien mit Parallellinien zusammenzusetzen und bei 5 Linien Einstellung durchzuführen, da der Verkehr durch Parallellinien miterleidet werden kann. Diese Einschränkung bedingen eine Verminderung des Personals zu den bereits geländigten 320 Personen um weitere 600 Mann bis Ende dieses Jahres. Die Folge dieser Verkehrseinschränkung ist auch eine Einschränkung des technischen Betriebes um 25 bis 50 Proz. Die Arbeiten in den Werkstätten, die im Laufe des letzten Jahres außerordentlich ausgebaut wurden, sowie im Gleisbau sollen soweit durchgeführt werden, daß eine Verschlechterung der Anlagen nicht eintritt. Es soll mit möglichster Beschleunigung an der Einführung von „Einmannwagen“ auf den verschiedenen weniger stark befahrenen Strecken vorgegangen werden, wodurch auch bei möglicher Verbesserung des Betriebes an Betriebskosten gespart werden kann.

Jur Neuorganisation der Städtischen Werke.

Die gemischte Deputation, die die Neuorganisation der Städtischen Werke beraten soll, beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung eingehend mit dem von bereits besprochenen Entwurf des Oberbürgermeisters. Nach längerer Debatte erfolgte die erste grundsätzliche Abstimmung, die für den weiteren Gang der Verhandlungen von Bedeutung ist. Es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, den Betrieb der Städtischen Werke (nicht den Besitz) einer rein städtischen G. m. b. H. zu übertragen. Es soll getrennt je ein Gesellschafts- und ein Betriebsvertrag neu vorgelegt werden. Für die weitere Beratung sollen neue Entwürfe ausgearbeitet werden,

bei denen auch die Möglichkeit der Schaffung von Tochtergesellschaften, getrennt für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, offen bleiben soll. Ueber die Frage der Tarifhöhe, wie über das Recht der städtischen Körperschaften, die Bilanzen zu bestimmen, wurde die Abstimmung vertagt. Nach dem Ergebnis der Sitzung ist damit zu rechnen, daß die Arbeiten der Deputation jetzt endlich in Gang kommen werden.

Die Notlage des Deutschen Opernhauses.

Die schlechte finanzielle Lage des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg beschäftigte die gestrige Generalversammlung der Opernhaus-Aktiengesellschaft. Der Vorsitzende gab einen Bericht über den finanziellen Stand des Unternehmens. Das Kapital der Gesellschaft war schon lange aufgezehrt und die Anschaffungen mußten schon lange aus tausenden Einnahmen vorgenommen werden. Ueber vorübergehende Zahlungsstokungen kam die Gesellschaft durch hilfreiche Gönner hinweg. Ende Oktober war der Stand der Dinge so, daß eine Konkursgefahr bestand. Es war eine Million Bankkredit fällig, die Bank drängte auf Zahlungen, die wegen Konten nicht bezahlt werden. In ihrer Not wandte sich die Verwaltung an die Stadt Charlottenburg, die ihre Mitwirkung bei einer finanziellen Hilfeleistung zusagte, wenn einige Gewähr bestände, daß das Aktienkapital um 2 Millionen Mark erhöht würde und ein sofortiger Abbau des Unternehmens derart stattfinden, daß sich im Etat das Gleichgewicht einstelle. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Baurat Ahrens, hatte gegenüber der Dresdner Bank eine selbstschuldnerische Bürgschaft von drei Millionen Mark übernommen. Er schloß mit der Stadt Charlottenburg einen Vertrag, nach dem in der Generalversammlung für zwei Millionen Mark Vorzugsaktien mit zweiwöchentlichem Stimmrecht geschaffen werden sollten. Die Gesellschaft sollte in eine gemeinsame Aktiengesellschaft umgewandelt werden und der Dresdner Bank sollten für die Herausgabe der drei Millionen die entsprechenden Materialbestände verpfändet werden. Der Deutsche Opernverein, der die Majorität der Aktien verkörperte, hielt aber diese Sanierung für nicht weitgehend genug. Er hatte den Antrag gestellt, das Aktienkapital um eine Million Mark zu erhöhen und fünfzig Millionen Mark Obligationen zu schaffen. Ueber diese Anträge soll eine am 1. Dezember stattfindende außerordentliche Generalversammlung Beschluß fassen. Die Antragsteller, die diese Sanierungsanträge als die weiterreichenden ansehen, daher die Beratung der vorliegenden Anträge für überflüssig erachteten, lehnten deswegen alle Anträge, die eine Restifizierung des mit der Stadt Charlottenburg abgeschlossenen Abkommens bedeuteten, ab. Baurat Ahrens leute (sogar nach Bekanntwerden des Abstimmungsresultates sein Amt als Aufsichtsratsvorsitzender nieder und Kapellmeister Börlke gab dem Bedauern Ausdruck, daß das Personal, für das speziell Baurat Ahrens in selbstloser Weise gesorgt habe, eine Desorganisation durch die Generalversammlung nicht vermeiden werde. Es wurde aus der Generalversammlung heraus der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Antonsiederlegung des Aufsichtsratsvorsitzenden keine endgültige sei. Sedenfalls ist durch diese Beschlüsse der finanzielle und damit auch der künstlerische Bestand des Deutschen Opernhauses von neuem bedroht.

Mietrecht-Schlichtungsstellen?

Wo bleiben sie?

Nach dem Reichsrentengesetz sind die Gemeindeführer befugt, paritätisch aus Vermietern und Mietern gebildete Schlichtungsstellen einzusetzen, wenn die Vertreter ihre Tätigkeit unentgeltlich auszuüben bereit sind. Die vielfache Auffassung, daß derartige Gebilde alle möglichen Mietstreitigkeiten schlichten sollen, um die Mietverhältnisse zu entspannen, ist irrig. Vielmehr haben diese Schlichtungsstellen sich lediglich mit der sachgemäßen Ausführung solcher laufenden — nicht der großen — Bestandsbestimmungen zu beschäftigen, die im Interesse der Erhaltung des Hauses und der Wohnbarkeit der Wohnungen oder Mieträume anderer Art notwendig sind. Hinsichtlich der sonstigen laufenden Instandsetzungsarbeiten bleiben die Parteien auf den Rechtsweg beschränkt. Die Vermieter erhalten jetzt für laufende Instandsetzungsarbeiten einen festen Zuschlag von 50 Proz. zur Grundmiete, sperren sich aber vielfach nach wie vor gegen die sachgemäße Ausführung solcher notwendigen Arbeiten. Da hierüber sehr viel Streit besteht, sollte die Bildung der Schlichtungsstellen beschleunigt werden. Zweckmäßiger ist es, in größeren Gemeinden Spezialkammern für Maurer-, Zimmerer-, Dachdeckerarbeiten usw. zu bilden. Das Gesetz schreibt jedoch hierüber nichts vor. Von der Tätigkeit der neu zu bildenden Schlichtungsstellen bleiben die Aufgaben der Mietervertretung, Streitschlichtung in allen Mietangelegenheiten möglichst zu schlichten, unberührt. Die Mietervertretung ist also ohne Rücksicht auf weitere Instanzen stets das erste Bindeglied zwischen Vermieter und Mieter. Manche Mietvermittlungsämter gehen jetzt dazu über, zu ihrer Entlastung besondere Schlichtungsausschüsse auch in anderen Fragen bilden zu lassen, beispielsweise bei Streitigkeiten über die Höhe der Friedensmiete, auch für die Wohnung des Hauswirts, Verwalters und Portiers. Die örtlichen Mieterverbände haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, hierfür geeignete Personen vorzuschlagen.

Das Fiasko der Graphologie.

Zu einem heftigen Streit zwischen Schriftsachverständigen kam es in einer Verhandlung, die das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Fälschung einer öffentlichen Urkunde und Betrug war der 27jährige Obersteuereinschreiber Johannes K. aus Krefeld angeklagt. Die Anklage baute sich lediglich auf Gutachten von Schriftsachverständigen auf. In der Verhandlung aber mußte der Schriftsachverständige Görtzheim zugeben, daß die Graphologie noch nicht so weit fortgeschritten sei, daß man daraus mit Bestimmtheit die Täterschaft feststellen könne. Als der Sachverständige von zwei ihm vorgelegten Schriftstücken behauptete, der Angeklagte habe sie mit verstellter Handschrift geschrieben, wies der Verteidiger durch zwei Zeugen nach, daß der Angeklagte häufig so schreibe. Der „Graphometer“ Langenbruch, dessen Winkelmeßmethode zum Zwecke der Schriftenergleichung sehr stark angegriffen wird, mußte zugeben, daß die damaligen Messungen, auf die sich die Anklage aufbaute, nicht mehr in Frage kämen, weil er inzwischen sein System geändert habe. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt das Schuldig gegen den Angeklagten, während der Verteidiger die Freisprechung für unbedingt geboten hielt, da sich die ganze Anklage lediglich auf Vermutungen und völlig widersprechende und höchst zweifelhafte Gutachten von Schriftsachverständigen aufbaute. Die Geschworenen verurteilten aber unter heftigen Bravourrufen aus dem Zuhörerraum sämtliche Schuldfragen, und der Angeklagte wurde demgemäß auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die Affäre Franz.

Weitere Auslagen der Besucherinnen.

Nach Eröffnung der gestrigen Sitzung wurde die Beweisaufnahme fortgesetzt. Die Zeugin Erta B. schildert ausführlich die einzelnen Vorgänge, die sich in der Wohnung der Angeklagten Franz abgepielt hatten. Nach ihrer Angabe war die Frau Franz das treibende Moment gewesen. Frau Franz fragte mich auch, ob ich einen Bild trinken wolle und welchen. Ich sagte, so fährt die Zeugin fort, am liebsten wäre mir ein Schwedenpunsch. Die Eheleute tuschelten hierauf miteinander und Frau Franz brachte daraufhin drei Gläser auf einem Tablett. Auf Aufforderung der Frau Franz drehte sodann wegen angeblicher Schwierigkeiten mit der ihm wollte ich keinen geben, aber auf die Aufforderung der Frau gab ich auch schließlich Franz einen Ruck, aber einen vernünftigen. Franz greift sodann wegen angeblicher Schwierigkeiten mit der Mietrechtsgesellschaft die Krone aus. Nach kurzer Zeit wurde ich plötzlich sehr müde und bat, mich in einem Sessel ausruhen zu dürfen. Beide Eheleute luden mich ein, in ihrem Schlafzimmer auf einem Sofa zur Nacht zu bleiben. Ich hatte noch die Kraft, dies abzulehnen. Die Zeugin schildert sodann, wie sich die Vorgänge der zur Anklage stehenden Tat abgepielt haben. Trotz ihrer Richtigkeit war sie, wie sie betont, noch in der Lage, zurückzutreten und über seine Unverschämtheit sehr zu schimpfen. Vorher sagte er: „Wißt du dich nicht in unser Seelenleben einleben?“ Ich bejahte dies ahnungslos. Frau Franz erklärte darauf, so sei recht lieb zu ihm. Frau F. war sogar sehr empört über meine Ablehnung der Zumutung ihres Mannes. Am nächsten Tage sei die Zeugin sehr müde gewesen. Einige Tage später habe sie in der Tanzstunde die Hanna K. getroffen, die ihr erzählt habe, was F. mit ihr unternommen habe. Hierauf habe auch sie ihre Ergebnisse erzählt. Die Zeugin bekräftigt auf Befragen des Staatsanwalts auch die Äußerung der Frau Franz: Die nehmen keine bezahlten Frauen. Wir nehmen nur Damen aus der Gesellschaft, weil sie nichts sagen. Es kommt dann im Verlauf der Verhandlung zwischen dem Verteidiger Rechtsanwalt Bahn und dem Sachverständigen Kammerer zu einem Zusammenstoß, als der Verteidiger an den Zeugen die Frage richtet, ob lediglich die Tatsache, daß die Zeugin K. Selbstmordgedanken wegen ihres Zustandes gehabt habe, maßgebend für den von ihm vorgenommenen, sonst gesetzlich verbotenen Eingriff sei. Der Verteidiger fragt weiter, ob er einen derartigen Eingriff auch bei einer

Die Welt ohne Sünde.

Der Roman einer Minute von Viki Baum.

„Ich habe dich lange nicht gesehen, Johannes. Wo warst du? Ich habe oft an dich gedacht. Du fehltest mir sehr, Johannes. Wo warst du?“  
„Weil, Bruder.“  
„Du darfst nicht weit von mir sein. Sieh, wie schön ist alles geworden. Sieh die Welt an, meine Welt, meinen Himmel oben, meine Menschen, die glücklich in den Hütten schlafen. Du mußt jetzt bei mir sein, denn ich bin sehr allein zwischen allen, die froh sind und Gemeinschaft haben. Und du bist mein Geschöpf.“  
„Gefegnet die gute Welt. Gefegnet der gute Himmel oben. Gefegnet, die glücklich sind; gefegnet die Schläfer. Gefegnet, die Gemeinschaft fanden.“  
„Neun Jahre warst du alt, als sie dich zu mir brachten. Ein Kind. Mußtest von nichts. Kannst keine andere Zeit als diese blutige. Ich nahm dich zu mir, lehrte dich, du gehörst mir und warst mir der Liebste von allen. Warum bist du nun weit von mir? Und warum sprichst du, als wärst du ein Greis und müdest viel — Knabe?“  
„Ich weiß viel, Bruder. Ich bin über die Brücke gegangen, Bruder.“  
„Ueber die große Brücke?“  
„Ueber die große Brücke, Bruder.“  
„Hör mich denken, Johannes. In allen Tagen ist es wie ein Keil um meine Gedanken. Etwas ist geschehen — ich habe vergessen, was. Etwas muß getan werden, ich habe vergessen, was. Ich denke und vergesse. Ist nicht eine kleine blaue Wunde über deinem Herzen, aus der Blut rinnt?“  
„Das träumst du nur, Bruder.“  
„Ich träume nur. Manchmal spüre ich etwas in meinen Händen, ein Holz, eine Art, nein! einen Hebel, ich weiß nicht, was es ist, und ich erschrecke quaalvoll. Was soll meine Hand tun? frage ich. Dann ist es nur geträumt; ich halte den Sensenstiel und mähe Korn. Ich halte den Hammer und zimmere Hütten. Ich halte den Hebel und die Mühle mahlt Mehl. Ich träume ja nur. So hast du keine Wunde und dein Herz schlägt?“  
„Es schlägt, Bruder.“  
„Komm näher zu mir, lieber Johannes, ich möchte es spüren in meiner Hand. Es ist warm und schlägt, dein Herz?“

Oder ist es ein Vogel mit kleinen Flügeln? Oder ist es ein Schmetterling, der zuckt? Oder ist es eine Blume, die sich wiegt? Oder ist es ein Blatt, das an mein Fenster pocht?  
„Das alles ist mein Herz, Bruder, seit ich über die Brücke gegangen bin.“  
„O, liebes Blatt an meinem Fenster, ich bin so sehr allein. Meine Hände greifen in die Einsamkeit. Stein in der linken, Qual in der rechten, die den Hebel hält. Meine Hütte ist dunkel und leer. Allen habe ich Gemeinschaft geschenkt und ich muß einsam sein. Kein Feuer in meinem Herd, kein Atmen in meiner Nacht, keine Stimme in meinem Haus. Manchmal kommen Ameisen mir zur Gesellschaft über die Dielen gezogen. Manchmal gehe ich hin und stehe mir den Blick einer Frau oder eine kleine Kinderhand, die sich in meine schmiegt, heimwärts aus den Wiesen.“  
„Du hast ja Frau, Kind, Bruder. Eine schöne Frau, ein schönes Kind.“  
„Anselmus horchte in sein Herz. „Das träumst du nur.“ flüster er und lächelte erloschen. Er sah noch eine Weile reglos und glitt dann zage mit den Fingern über den feuchten Stein. Er fand nur Leere. Der Himmel hatte den Mond aufgetrunken. In der Nacht rauschte ein schwarzer Vogel mit großen Schwingen vom See her. Anselmus erhob sich und betrat seine Hütte.  
Aus dem Hüttenwinkel schälte sich Schein. Auf dem offenen Herd brannte ein Feuer. Auf der Herdbank saß Vinde, sie hatte die Arme um die Knie geschlungen und war der Flamme zugewandt mit einem verjüngten und glücklich hochgehenden Ausdruck. Sie hatte süße, geschlossene Mädchenlippen, das sah Anselmus zum erstenmal; sie hatte lange schattige Wimpern, das sah er zum erstenmal. Er sah Vinde zum erstenmal und sein Herz erschrak und wurde ihm groß und lebendig vor Freude in der Brust. Er blieb am Türpfiler stehen, wagte sich nicht weiter und flüsterte: „Vinde? Du? Bist du zu mir gekommen?“  
„Ja. Jetzt bin ich bei dir.“ sagte Vinde und hörte nicht auf, in die Flamme zu sehen. Sie lenkte ein wenig den Kopf, es stieg Rührendes und Zärtlichkeit aus der demütigen Linie ihres Nackens. Anselmus kniete vor sie hin, er hielt die Arme dabei am Rücken verschränkt als wäre er gefesselt. „Bleibst du bei mir?“ fragte er emporgewendet. Da nahm Vinde seine Schläfen in ihre Hände. „Bist du sehr müde?“ fragte sie und Herdlicht rann ihr über die Wangen.  
Er schüttelte nur den Kopf und es war ihm süß, zu spüren, wie das Blut in ihren Fingerspitzen schlug. Er schaute sie immer

an. „Du bist ja schön, Vinde.“ flüsterte er, die Kehle war ihm geengt von Glück und Rührung. Tief in ihm taute die lange Einsamkeit in Schluchzen ohne Tränen auf. Du bist ja schön, Vinde. Zeig deine Augen; zeig deine Wangen. Liebe Vinde, liebe, liebe. Du hast ja kein graues Haar.“ flüsterte er und mußte lachen. „Darf man die Hände in dein Haar legen — Mädchen?“  
Sie nahm seine Hände, hob sie auf bis an ihre Lippen und ihre Lippen lühten sie schau und demütig, sie schmiegte einen Augenblick lang die Wangen in ihre Höhlung und führte sie weiter in ihr Haar. Da lagen sie nun, gestillt und warm gebettet in all dem Blonden.  
„Du hast ja ein weißes Kleid an, Vinde. Wie bist du hold —“  
„Ich habe es gewebt; es ist mein Hochzeitskleid —“  
„Er griff nach ihr und es nahm ihm den Atem. Bist du meine Frau?“ fragte sein Herz, auch seine Augen fragten es und ihre Augen gaben Antwort.  
„Auch eine Decke für dein Bett habe ich gewebt.“ sagte sie sehr leise. „Sieh her — eine rote Decke.“  
Er stand neben ihr vor dem grobgezimmerten Bett, das unter der roten Decke schlief. Auf dem Strohsack lagen weiße Rissen. Anselmus zog die Brauen zusammen in einem schmerzlichen gequälten Andenten und konnte sich nicht besinnen an etwas, das entglitt —  
„Nicht denken.“ sagte sie und strich glättend über seine Stirne. Da löste er sich und nahm ihre Lippen.  
„Sag es noch einmal.“ bat sie nachher, als er atmend vor ihr stand und sie ansah.  
„Was denn, meine Vinde?“  
„Das liebe Wort; sage es; hold.“  
„Du bist hold, Vinde. Du bist hold, meine Frau. Ich habe dich lieb.“  
Wie gehen die Stunden in einer Hütte, wo zwei Menschen einander finden? Wie geht die Nacht hin unter dem bleichenden Mondhimmel? Wie ist es, wenn das Mahl gegessen ist, Milch und Brot, und wenn das Herdfeuer zusammenflinkt und noch einmal knistert und einschläft. Zweige scheitern draußen an der Wand wie kleine Hände; ein Stern tanzt über dem Dach und fällt zur Erde. O, Stimme in der Dunkelheit, geliebte, geliebte Stimme. O Hand auf meinem Herzen, atmendes Du in der ungeheuren Einsamkeit des Lebens...  
„Warum kommst du erst heute, Vinde; ich habe gewartet auf dich?“  
(Fortsetzung folgt.)







# Die Funktionäre für die Reichstagsfraktion.

Die Berliner Parteifunktionäre hatten sich gestern Abend in der Volkshauskantine versammelt.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung begrüßte die Versammlung die Labour Party zu ihrem Wahlerfolg.

Genosse Dreißfeldt hielt sodann einen Vortrag über die politische Lage.

Er gab zunächst einen Überblick über die Entwicklung der gegenwärtigen Regierungskrise, die ausgebrochen sei an dem Tage, an dem Rathenau ermordet wurde. Er erinnerte daran, daß damals die U.S.P. bereit gewesen sei, in die Regierung einzutreten, und daß die bürgerlichen Parteien das ablehnten. Infolge des Verhaltens der bürgerlichen Parteien vollzog sich die so überaus erfreuliche Einigung der beiden sozialistischen Parteien (Bravo!) um der Gefahr vorzubeugen, daß der allgemeine Einfluß der Sozialisten zu sehr wachse, schloffen die bürgerlichen Koalitionsparteien jene Arbeitsgemeinschaft mit der Volkspartei. Damit war die Krise unvermeidlich geworden. Es war selbstverständlich, daß nach dem Zusammentritt des Reichstages die Frage der Regierungsbildung auf der Tagesordnung stehen müsse. Man war mit dem Kabinett Wirth nicht mehr zufrieden, weil es zu wenig Initiative sowohl innen- als außenpolitisch entwickelte. Außenpolitisch in bezug auf die Reparationsfrage, innenpolitisch wegen der mangelnden Energie bei der Bekämpfung der Geheimorganisationen. Der Redner kennzeichnet

## die Stellung Bayerns zum Reich.

mit dem eine Ausnahmestellung unbedingt geboten gewesen sei. (Lebhafte Zustimmung.) Wir hatten seit langem Kritik geübt, daß von Deutschland selbst keine Initiative ergriffen worden sei, um dem weiteren Sinken des Markwertes vorzubeugen.

Sicher ist der Vertrag von Versailles die Grundursache für unsere wirtschaftliche Lage. Aber es ist verdröcklich, über den Vertrag von Versailles zu schelten und im übrigen die Hände in den Schoß zu legen. Der Rückgang der Mark wertete sich in einer Zeit, als feinerste Reparationsleistungen zu leisten waren. Jeder hat heute das Bedürfnis, sich so schnell als möglich von der Mark zu entfernen. Die Flucht vor der Mark vollzieht sich entweder in die Ware oder in die Devisen. Die Folge war, daß die Industrie immer mehr für den inneren Markt produzierte. Das geht so lange, bis die Kaufkraft erlahmt, und dann wird die Arbeitslosigkeit, die wir gerade für diesen Winter fürchten, eintreten, wenn nicht gegen die Markentwertung etwas Durchgreifendes geschieht. Im Gegensatz zur Arbeiterchaft kaufen die Kapitalisten Devisen, gar nicht davon zu reden, daß die Industrie das im Zustande verbiente Geld vielfach im Zustande ließ. So stieg natürlich der Wert des fremden Geldes, das auf dem Markt verfügbar war, und der Wert der Mark sank weiter.

Während der Vertagung des Parlaments gab die Regierung auf dem Beröcknungswege die bekannte Devisenordnung heraus, die gerade von der Großindustrie und den Banken bekämpft wurde. Auch wir sind der Meinung, daß die Devisenordnung ohne eine Stützungsaktion der Mark genügt nicht. Wir verlangen daher

## Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark.

um wenigstens vorübergehend einmal dem Steigen der Preise Einhalt zu gebieten. Wir wünschen, daß das Gold der Reichsbank zu dieser Aktion verwendet werde. Herr Havenstein, ein Mann von deutschnationaler Gesinnung und ältester Finanzpolitischer Schule, sah auf seinem Golde und erklärte, daß er das Gold brauche, um im Winter Lebensmittel kaufen zu können. Wir aber wünschen eine weitschauende Politik. Das Vorhandensein dieses Schatzes hat nicht genügt, unsere währungspolitische Lage zu verbessern. Eines Tages aber erklärte man, daß die ausländischen Sachverständigen der Meinung seien, daß wir zur Stützung der Mark eine ausländische Anleihe erhalten könnten. Wir waren natürlich damit einverstanden, daß die Reichsbank ihrerseits sich an der Stützungsaktion beteilige. Aber erst auf unser Verlangen hat die Reichsregierung in einer Note, die nach Paris gelangt wurde, deutlich erklärt, daß sie sich mit 4 Milliarden Goldmark an der Stützung der Mark beteiligen wolle unter der Voraussetzung, daß ihr ein Zahlungsausschuß von 3 bis 4 Jahren gewährt werde und daß bis dahin der Markkurs durchaus stabil geworden sei. Die Reparationskommission hat darauf noch nicht geantwortet. Inzwischen aber brach die jetzige Regierungskrise aus.

Es war eine Kommission gebildet worden, der auch die Volkspartei angehörte, die die Aufgabe hatte, eine gemeinsame Entschliebung bezüglich der Reparationen zu finden. Herr Stinnes ist keine Garantie für das Zustand, weil er es von vornherein ablehnt, an der Stabilisierung der Mark mitzuarbeiten. Vielmehr hofft er, seine Bankschulden mit entwerteter Mark zu bezahlen. Andererseits gehört auch der Volkspartei die vorerwähnte Industrie an, die nicht über so viele Devisen verfügt wie Herr Stinnes und die daher ein Interesse an der Stabilisierung der Mark hat, und daher trägt die Note an die Reparationskommission auch die Unterschrift der Volkspartei — trotz Herrn Stinnes. Es hat sich eben gezeigt, daß die Demokraten in wirtschaftlichen Fragen mindestens so reaktionär sind wie die Volkspartei. Man könnte daher auch jede Koalition mit den Demokraten ablehnen. Unter dem Hinweis auf die Bestiand der Zahlungsbilanz verlangen Herr Stinnes und seine Freunde, daß mehr gearbeitet werde. (Heiterkeit.) Das Reparationsproblem soll durch den Kampf gegen den Adhäsionsentzug gelöst werden. In der gemeinsamen Entschliebung, an der auch die Volkspartei teilgenommen hat, ist aber gesagt worden, daß die Produktion gehoben werden müsse, aber unter

## grundständiger Anerkennung des Adhäsionsentzugs.

Nur dort, wo es auch dem Standpunkt der Arbeiter notwendig erscheint, mehr als acht Stunden zu arbeiten, soll von dem Grundgesetz abgegangen werden, wenn die Arbeiterchaft für beschränkte Zeit unter gewissen Kautelen dem zustimmt. Die Tatsache, daß Herr Stinnes der Deutschen Volkspartei angehört und daß er der Gegner des Adhäsionsentzugs ist, würde für uns allein genügen, uns nicht mit dieser Partei in einen Kahn zu setzen. (Lebh. Zustimmung.)

Wir wünschen keine Regierungskrise in dieser Zeit, aber es war der Fehler des Reichskanzlers Wirth, aus dem friedlichen Zusammenarbeiten mit der Volkspartei darauf zu schließen, daß diese Parteien auch in der Regierung zusammenarbeiten könnten. Wir

hätten nichts gegen eine Befragung des Ministeriums des Auswärtigen mit Herrn Cuno und des Wiederaufbauministeriums mit dem Genossen Hilferding gehabt. Aber da verlangte der Reichstagskonferenz plötzlich die große Koalition. Die Haltung der Mehrheit der Fraktion war die, zu fordern: 1. Die Stabilisierung der Mark und 2. die Ablehnung der großen Koalition. (Beifall.) Die erste Antwort der Sozialdemokratie war aber zunächst hinhalten, weil wir wünschten so lange als möglich die alte Regierung zu erhalten unter Hinzuziehung dieses oder jenes Mannes aus dem Wirtschaftslieben. Ich weiß, daß Herr Wirth und das Zentrum die Haltung der Sozialdemokratie als äußerst unfreundlich auffaßt. Das ist falsch. Unser Beschluß hat sich in keiner Weise gegen Wirth persönlich oder gegen das Zentrum gerichtet. Herr Wirth ist von uns als aufrichtiger Republikaner und Demokrat geschätzt. Ich selbst habe seinerzeit versucht, durch Verlassen des Plenums bei einer entscheidenden Abstimmung mit 12 Genossen Herrn Wirth zu stützen. (Beifall.) Ich bedauere das nicht. Wenn aber ein Dolch in den letzten Wochen geschliffen wurde, so ist er nicht auf dem Scheitern der deutschen Sozialdemokratie geschliffen worden. Augenblicklich stehen wir vor einem Vakuum. Herr Cuno ist nun vom Reichspräsidenten aufgerufen worden, eine Regierung zu bilden. Wie wir zu Herrn Cuno stehen werden, wird sich ergeben aus seinen Vorschlägen, und wenn man die Leute kennt, mit denen er sein Kabinett bilden will. Für uns bleibt die Frage, ob er die Stabilisierung der Mark in Angriff nehmen wird. Wir würden in ein solches Kabinett nicht eintreten mit einem Volksparteiler zusammen. Wir verlangen auch, wenn wir in dieses Kabinett eintreten sollten, eine Vermehrung unseres Einflusses, statt vier fordern wir fünf Sitze. (Lebh. Beifall.) Darüber hinaus fordern wir

## mehr Staatssekretäre.

Denn es kann nicht angehen, daß der Minister als Hauptbedienter, während in keinem Ministerium als Kern gewöhnlicher Untermärkte zu finden ist. Es kann sein, daß Herr Hermes in das Kabinett eintreten soll. Ich weiß, was gegen Herrn Hermes zu sagen ist, aber er ist derjenige gewesen, der am eifrigsten für die Stabilisierung der Mark eingetreten ist. Wir haben die Unerschwiebigkeit der Bourgeoisie im Interesse des Proletariats auszunutzen. Sollen wir Sozialdemokraten den Kanzler stellen in diesem Winter? Sollen wir den Reichstag auflösen? Was wird der Effekt in diesem Augenblick sein?

## Eine Reichstagsauflösung wird die jetzige Krise nur um zwei Monate verlängern.

Der Dollar wird steigen und uns wird nun dafür die Verantwortung auferlegen. Und können wir nur mit derselben Stärke zurücklehren, wäre auch nichts erreicht.

Wenn es möglich ist, in einer Regierung mitzuwirken, die sich auf unsere Forderung verpflichtet, sollen wir es tun? Vergessen Sie nicht, daß sich das italienische Beispiel verdröcklich auswirken kann, vergessen Sie nicht, daß nicht nur in Bayern, sondern auch in Pommern und Brandenburg usw. Fäden falscher Verschwörung spinnen. Es gilt noch immer den Schutz der Republik. Sollen wir auf unser Mitwirken in der Regierung verzichten, wenn uns im übrigen die Möglichkeit gegeben ist, auf derselben Linie wie bisher die Interessen des Proletariats zu vertreten? Dürfen wir es verantworten, die Bekämpfung dieser geheimen Zerörter offenzulassen? Ich mache kein Hehl daraus, daß die Reichstagsfraktion auf dem Standpunkte steht, solange es mit unserem Gewissen und den Interessen der Arbeiterchaft zu vereinbaren ist, in der Regierung zu bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) In der

## Diskussion

sprach zunächst Rosenfeld. Er begrüßt, daß die große Koalition abgelehnt werde und polemisiert gegen Cuno, der schärfstes Mißtrauen verdiente. Er sieht in einer Regierung Cuno die versteckte große Koalition.

Schwann: Es kann Sagen geben, in denen wir außerhalb der Regierung mehr wirken können, als in ihr. Redner teilt die Bedenken des Redners gegenüber Cuno.

Auffhäuser: Wir haben in den letzten drei Wochen nicht die nötige Initiative entfaltet, um unser Währungsprogramm durchzuführen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben auf die Koalitionsregierung nicht die Rücksicht genommen wie wir. Wir haben zu prüfen, ob ein Kabinett Cuno die Gewähr für die Durchführung unserer Währungsforderung gibt. Man darf nicht vergessen, daß es das Großkapital in Hamburg insbesondere ist, das sich gegen eine Stützungsaktion gewendet hat. Wenn der Versuch des Kabinetts Cuno gelingt, trägt die Sozialdemokratie die Verantwortung. Die Note an die Reparationskommission ist Kaufschuß. Die Währungsfrage darf nicht verquittet werden mit der Produktionsfrage. Das Programm darf unter keinen Umständen verschoben werden. Herr Wirth mußte gehen, oder viel schlimmer ist, daß wir an Stelle von Wirth einen Cuno schluden sollen. Wir brauchen Garantien dafür, daß die Stabilisierung der Mark nach unserer Forderung durchgeführt wird. Die Falschstellung wird nur durch die Sanierung der deutschen Wirtschaft gebannt. (Beifall.)

Stampfer: Die Reaktion des „Vorwärts“ betrachtet es als ihre Aufgabe, das Zentralorgan im Sinne der Gesamtpartei und im Einklang mit der Politik der Reichstagsfraktion zu leiten. Schwann hat unrecht, wenn er meint, daß dies in letzter Zeit in irgendeiner Frage nicht geschehen wäre. Rosenfeld betrachtet es als beiläufig für Cuno, daß die Börse auf seine Nennung günstig reagierte. Ja, wenn der beste Kanzler der wäre, bei dessen Amtsantritt es an der Börse den größten Krach gibt, dann müßte man Hülsen nehmen. (Heiterkeit.) Die letzte Note an die Reparationskommission kann verschoben ausgelegt werden, dann müssen wir eben erst recht danach trachten, Einfluß darauf zu haben, wie sie ausgelegt wird. Wir haben 1903 mit dem Zentrum im schärfsten Kampf gestanden, wer damals prophezeit hätte, wir würden uns einmal mit dieser Partei koalieren, wäre gefehlt worden. Aber schon 1907 standen wir mit dem Zentrum im Kampf gegen die Demokraten und die Konfessionen, 1912 kämpften wir gemeinsam mit den Demokraten und einem Teil der Nationalliberalen gegen das Zentrum. Für das Verhältnis der Parteien zueinander gibt es keine Gesetzmäßigkeit, ich habe dafür nur ein Beispiel. In einer Versammlung sagte ein Arbeiter zu einem trotzkistischen deutschnationalen Studenten: „Junge, willst Du nicht gleich das Maul halten?“ Der Student replizierte gereizt: „Wie

kommen Sie dazu, zu mir Du zu sagen?“ Worauf der Arbeiter seelenruhig sagte: „Benimm Dir anständig, dann sag ich zu Dir wieder Sie.“ (Große Heiterkeit.) Sehen Sie, so ist es mit den Parteien, wenn sie ihr Verhalten ändern, ändern wir auch unser Verhalten zu ihnen. Unter uns müssen wir aber in dieser harten Zeit einig sein. Unterfüttern Sie die Reichstagsfraktion in ihrem schweren Kampf! (Lebh. Beifall.)

Adling: Die Partei wird Kräfte gewinnen, wenn sie außerhalb der Regierung steht.

Im Schlusswort ging der Referent ausgiebig auf die Diskussion ein. Die wesentlichste wirtschaftliche Forderung ist die Stabilisierung der Mark. Ich sehe in dem Steigen der Mark nach der Rennung des Namens Cuno weder einen Vorzug noch einen Nachteil. Zunächst hat Herr Cuno unserem Genossen Hermann Müller bezüglich der Stabilisierung der Mark durchaus befriedigende Angaben gemacht. Alles Persönliche tritt zurück gegen die Garantien, die Herr Cuno zu geben hat. Wenn wir heute die Möglichkeit hätten, eine sozialistische Regierung zu bilden, wäre der ein Handstreich, der nicht seine ganze Kraft einsetzt, um das Programm zu erfüllen. Die Frage, ob man in der Regierung als Koalitionspartei sein solle oder nicht, ist eine Doktorfrage. Wenn man sagt, daß wir am 9. November 1918 so stark waren, so darf man nicht vergessen, daß wir stark waren dank der Union, daß der Kapitalismus nur am Boden lag.

In der ganzen Welt ist das Proletariat in einer Umkehrstellung.

(Zustimmung.) Ich bin der Letzte der sagt, daß wir unter allen Umständen in der Regierung bleiben müssen. Bleibt uns aber eine Regierung die nötigen Garantien, halte ich es in diesem Winter für die richtige Taktik, in der Regierung zu sein,

um die Reaktion zu hindern, einen großen Schlag gegen das Proletariat zu führen. (Beifall.) Der Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Genossen Auffhäuser und behandelt dabei eingehender die Note an die Reparationskommission. Die Produktion würde sich erhöhen, wenn die Arbeiterchaft frei wäre von der täglichen Sorge: Was werden wir essen, was werden wir trinken? — Ich bin erlaucht über die Diskussion, insbesondere über die Ausführungen meiner Fraktionsfreunde. Ich muß schon sagen: in der Kritik gilt, in bezug auf praktische Vorschläge: mangelhaft. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, die Politik der Fraktion zu billigen. (Lebh. Beifall.)

## Folgende

## Entschliebung

gelangte mit überwiegender Mehrheit zur Annahme:

Die am 17. November 1922 in der Volkshauskantine tagende Funktionärskonferenz erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Dreißfeldt, einverstanden und billigt die bisherige Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung und erwartet, daß die Fraktion bei den weiteren Verhandlungen unter allen Umständen fest bleibt und nur einer Regierungsbildung zustimmt, die die Forderungen der Fraktion, insbesondere in der Frage der Markstabilisierung und des Adhäsionsentzugs übernimmt und in der die Sozialdemokratie maßgebend und entscheidenden Einfluß besitzt.

Folgende Entschliebung wurde der Reichstagsfraktion zur Beachtung bei der Kabinettsbildung überwiesen:

Die Funktionärskonferenz am 17. November 1922 ersucht die Reichstagsfraktion, bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung darauf hinzuwirken, daß der Posten des Reichswehrministers aufgehoben und die Geschäfte der Reichswehr als besonderes Dezernat dem Ministerium des Innern unterstellt werden.

## Groß-Berliner Partei-Nachrichten

der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Heute, Sonnabend, den 18. November:

18. Ubr. Rosenfeld, 7 1/2 Ubr. Funktionärskonferenz bei Plesner, Marienbergr. Bergstraße 23. Die Sternblätter werden ersucht, an der Sitzung teilzunehmen. Jungsozialisten, Nachmittags 5 Ubr. im Landtag, Prinz-Albrecht-Straße, Zimmer 28, Arbeitsauswechslung.

Morgen, Sonntag, den 19. November:

19. Ubr. Vormittags 10 Ubr. Sitzung des Verwaltungsvorstandes und der Bezirksführer bei Ernst, Deinemannstr. 3-4.  
19. Ubr. Friedrichsbogen, Vormittags 10 Ubr. im Jugendheim, Schwannbergstraße 106, Versammlung der Kinder, die gewillt sind, zum Weihnachtsfest Kostüme aufzuführen.

## Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wichtig, Theaterbesuchen! Für die Vorstellung am Sonntag, den 19. November, müssen am Theater für jedes Abonnement 10 M. nachgeholt werden.

Alle Genossen, die Theaterkarten im Jugendsekretariat bestellt haben, müssen dieselben spätestens bis heute nachmittags 4 Ubr. im Jugendsekretariat abholen.

Wichtig, Kartenbesuche! Für die Weihnachtsfeier müssen die Lose unbedingt abgeholt werden. Der Preis für ein Los ist 30 M. Es ist angebracht, daß die Vorhaben die Lose gleich bezahlen.

Offiziell, Heute Abend findet in der Kula des Ingenieur, Volkshaus, ein Elternabend statt. Programm: Gesang, Ansprache, Musik, Regalieren, Kicker zur Pause, Vorträge und Scherzspiele. Anfang 7 Ubr. Eintrittskarten zum Preise von 10 M. sind noch an der Kasse zu haben.

Morgen, Sonntag, den 19. November:

Marienbergr. Wanderung Reichsfeld, Treffpunkt 7 Ubr. Bahnhof Marienbergr. — Gallenbergr. Schöneberg, Treffpunkt 7 Ubr. Gartenstraße. — Rosenfelder Verkehr: Museumsgasse, Treffpunkt 10 Ubr. Rosenfelder Weg. — Rosenfelder Viertel: Besuch der Nationalpolizei, Treffpunkt 10 Ubr. Jugendheim Gemeindehaus Marienbergr. 7. — 11. Kreis: Jugendheim Wilmersbergr. Parkhaus 10, Oberstr.-Hauptmann-Abend, Anfang 8 Ubr.

**WENESTI RUND**

**FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE**

**MIT UND OHNE GOLD!**



Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. - Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage möge man einen Aufhänger und eine Nummer beifügen. - Bitte Anfragen rasch an den Juristischen Sachverständigen, Lindenstr. 3, I. Pfl. parterre links, per. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

Schadenlos, sofern Ihre Frau nachweisen kann, daß sie Befähigung hätte diesen Mann, wenn sie im Besitz ihrer Papiere gewesen wäre. ...

also berechnet werden, welcher Anteil des Hauptkapitals, b. h. der Grundmiete nach Aufzinsen und Kosten der Nebenleistungen auf den weiterverkauften Raum entfällt. ...

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 Uhr Figaros Hochzeit Schauspielsaal 7 1/2 Uhr Macbeth Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr Richard II. (Alexander Moissi) ...

Komische Oper

Europa spricht davon!! 6 Pracht-Ballette!! 200 Mitwirkende!! ...

Rote Nachtigall

Venus-Palais 26 Elisenstr. 26 ...

Casino-Theater

URANIA Taubenstr. 8 Uhr ...

In Anniere Zeit ... Schuhputz Servus ...

Central-Theater

Die Zeit wird kommen ...

Der Blaue Vogel

Altenallee 9/10 Uhr ...

Senta

Senta im Ballet ...

Rennen zu Karlshorst

Sonntag, 18. November ...

Sache zu kaufen

Briefmarkensammlungen ...

Berein Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer

Weitere Tagesordnung ...

Komödienhaus

Die Erwachsenen ...

Infinites Theater

8 U. Frau Adas O. m. ...

Elite-Sänger

Volkspreise! ...

Garderobe

auf bequemste Teilzahlung ...

Trauringe

billiger Dukal-Gold 900 gest. ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin ...

Berliner Th.

Madame Pompadour ...

Die Ehre

Thalia-Theater ...

Neue Haut

erzielt man schneller, unmerklicher ...

Resthandl. Haarpuder

Goldstr. 2 ...

Trauringfabr. Alb. Thal & Co.

1. Geschäft: C. 19, Seydelstraße 5 ...

Möbel

Bar od. Teilzahl. billige Preise ...

Kleines Th.

Agnes Jordan Irene Triesch ...

Circus Busch

3 Klassische Höhe Schulen ...

Gold-, Silber-, Platin- Brillanten

Zähne und ganze Gebisse ...

Musikinstrumente

Pianos preiswert, Klaviermöbel ...

Mtmetalle

Gold- u. Silber zu höchsten Preisen ...

Ausschuss-Sitzung

am Sonntag, den 26. November 1922 ...

Verkäufe

Kremaschke, Pelzwaren ...

Wenigstens ein Winterpaletto

Schlüsselfer, Japaner ...

Kaufgesuche

Deutscher und deutsche ...

Möbel

Chaiselongue, Chaiselongue ...

Verschiedenes

Gewissenhafte Unternehmung ...

Geldverkehr

Sofort Geld, Kassenabrechnung ...

Arbeitsmarkt

Schreibe auf ...

Guter Nebenverdienst

Männer u. Frauen ...

Botenfrauen und Männer

Recht sofort ein ...

Werkzeuge u. Maschinen

Ägel, Schrauben ...

Arbeitsmarkt

Schreibe auf ...

Guter Nebenverdienst

Männer u. Frauen ...